

114 **Bildung**

115 Bildung ist der Schlüssel für gleichberechtigte Teilhabe an unserer Gesellschaft. Sie schafft den Raum
116 für persönliche Entwicklung. Es ist deshalb eine Kernaufgabe für die gesamte Gesellschaft, eine
117 Infrastruktur für ein lebenslanges Lernen zu schaffen, zu der alle Menschen unabhängig von ihrem
118 Einkommen und ihrem Hintergrund Zugang haben. Noch immer reproduziert unser Bildungssystem
119 die soziale Ungleichheit.

120 Bildung muss aber zugleich ein elementarer Bestandteil für eine Gesellschaft sein, die
121 Aufstiegsmobilität ermöglicht. Gerade für Menschen aus finanziell schlechtergestellten Haushalten
122 schafft sie die Grundlage dafür, bessere Chancen bei der beruflichen Verwirklichung zu bekommen.
123 Nicht zuletzt der aktuelle Fachkräftemangel zeigt, wie wichtig eine gute Bildung für die
124 Zukunftsfähigkeit der Wirtschaft ist. Unsere Gesellschaft kann es sich daher nicht nur aus sozialen
125 Gründen, sondern auch ökonomisch nicht mehr leisten, das Bildungssystem strukturell
126 unterzufinanzieren und viele Menschen durch das Raster fallen zu lassen. Wir wollen
127 Chancengleichheit für alle! Land und Bund müssen sich wieder auf ihre Verantwortung besinnen, die
128 finanziellen Voraussetzungen für gute Bildung zu schaffen.

129

130 Wir GRÜNE wollen einen Zugang zu Bildung für alle Menschen ermöglichen – frei von finanziellen
131 Hürden. Das unsinnige Kooperationsverbot #¹ zwischen Land und Bund muss aufgegeben werden.
132 Alleine können sich die Bundesländer und Kommunen die gesamtgesellschaftliche Aufgabe einer
133 guten Bildungsfinanzierung nicht leisten.

134 **Kinder und Jugendliche in den Fokus rücken**

135 *Unsere GRÜNEN Ziele:*

- 136 • *Der qualitative und quantitative Ausbau von Krippen-, Kindergarten- und Hortplätzen*
- 137 • *Bessere Ausbildung, Fortbildung, Arbeitsbedingungen für ErzieherInnen*
- 138 • *Förderung und Ausbau von Netzwerken, die Familien in schwierigen Situationen Hilfe*
139 *anbieten*
- 140 • *Mehr Teilhabe für Kinder und Jugendliche an Politik und Gesellschaft und eine Absenkung*
141 *des Wahlalters für Landtags- und Kommunalwahlen auf 14 Jahre*
- 142 • *Unterstützung der ehrenamtlichen Jugendarbeit und Einrichtung von regionalen*
143 *Koordinierungsstellen*

144 Wir GRÜNE wollen Kinder und Jugendliche ins Zentrum unserer Gesellschaft holen und ihnen Raum
145 geben – mit all ihren Interessen und Bedürfnissen. Das Kindesinteresse steht für uns ganz vorne auf
146 der politischen Agenda, ebenso wie die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Unsere Ziele lauten
147 deshalb: Qualität von Kinderbetreuung verbessern! Vereinbarkeit von Familie und Beruf

¹ Die mit # gekennzeichneten Begriffe werden im Glossar erläutert.

657 anerkannte Berufsausbildung mit staatlicher Förderung ersetzen. Wer sich nachweislich mehrfach
658 erfolglos um einen Ausbildungsplatz im dualen System beworben hat, soll nach maximal einem
659 halben Jahr in eine berufliche Ausbildung in einem anerkannten Beruf eintreten (Hamburger Modell
660 #), zum Beispiel an einer Berufsbildenden Schule in Kooperation mit einer überbetrieblichen
661 Ausbildungsstätte und/oder mit Betrieben. Auch Jugendliche mit schwachem oder gar keinem
662 Schulabschluss oder besonderem Unterstützungsbedarf sollen die Chance auf eine anerkannte
663 berufliche Ausbildung erhalten, die zu ihren Fähigkeiten passt und auf dem Arbeitsmarkt nachgefragt
664 ist. Die Ausbildung wird, je nach Fähigkeit der Auszubildenden, zeitlich und inhaltlich flexibel
665 gestaltet und endet mit einer Kammerprüfung.

666 **Qualität in der beruflichen Bildung angesichts der demografischen Entwicklung erhalten**

667 Die Berufsbildenden Schulen stehen im Flächenland Niedersachsen vor einer großen Herausforderung.
668 Ein vielfältiges Angebot an beruflichen Fachrichtungen und Branchen wie in den städtischen
669 Ballungsgebieten kann in den ländlichen Regionen nicht mehr sichergestellt werden. Als Konsequenz
670 werden Bündelberufsschulen gebildet, in denen alle Berufsfelder unterrichtet werden. Bei vielen
671 Bündelschulen kommt es durch die demografische Entwicklung heute schon zu Schwierigkeiten bei
672 der Bildung von Fachklassen für die einzelnen Berufe. Auch die Gewinnung von Lehrkräften für die
673 verschiedenen beruflichen Fachrichtungen bereitet Schwierigkeiten. Wir wollen uns dieser
674 Entwicklung stellen und in Zusammenarbeit mit Schulträgern und Kammern Konzepte entwickeln, um
675 dieser Abwärtsspirale entgegenzuwirken, die Ausbildungsbereitschaft der Betriebe zu stärken und den
676 Auszubildenden so eine gute berufliche Bildung zu ermöglichen. Dabei sollen die hohe Qualität der
677 beruflichen Bildung und die Bereitstellung einer wohnortnahen beruflichen Grundbildung erhalten
678 bleiben. Bei der Bildung überregionaler Fachklassen soll die Erreichbarkeit für die Auszubildenden
679 sichergestellt und bei landesweiten Fachklassen eine Unterbringung gewährleistet werden.

680 **Hochschule**

681 *Unsere GRÜNEN Ziele:*

- 682 • *Die unsozialen Studiengebühren abschaffen, die Studienfinanzierung reformieren*
- 683 • *Mehr und bessere Studienplätze an Niedersachsens Hochschulen für eine bessere Qualität des*
684 *Studiums; Studieren muss flexibler und individueller werden*
- 685 • *Die Demokratie an den Hochschulen und die Teilhabe der Studierenden ausbauen*
- 686 • *Flexiblere und familienfreundlichere Zugangs- und Gestaltungsmöglichkeiten, damit ein*
687 *Studium in jeder Lebensphase und -lage möglich ist*
- 688 • *Wissenschaft und Forschung an den gesamtgesellschaftlichen Problemen unserer Zeit*
689 *ausrichten, um Zukunftsentwürfe für eine nachhaltige Lebensweise zu entwickeln*

690 **Studiengebühren endlich abschaffen - Hochschulzugang darf nicht vom Geldbeutel abhängig** 691 **sein**

692 Studiengebühren schrecken besonders Menschen aus einkommensschwachen Familien oder
693 Elternhäusern ohne akademischen Hintergrund ab. Der Zugang zu unseren Hochschulen darf aber

694 nicht vom Geldbeutel abhängig sein. Niedersachsen ist neben Bayern das einzige Bundesland, das am
695 unsozialen Modell der Studiengebühren festhält. Das hat massive Auswirkungen auf die Attraktivität
696 unserer Hochschullandschaft. Wir wollen deshalb als ersten Schritt die Gebühren für das Erststudium
697 einschließlich des Master-Abschlusses abschaffen und die Hochschulen angemessen ausstatten. Wir
698 setzen uns außerdem für eine bundesweite Reform der Studienfinanzierung für alle Studierenden ein.
699 Sie soll sich künftig aus zwei Säulen zusammensetzen: erstens aus einem elternunabhängigen
700 Sockelbetrag für alle, der die bisherigen Zuschüsse an Eltern mit studierenden Kindern ersetzt, und
701 zweitens aus einem bedarfsabhängigen Teil, der wie das bisherige BAföG dem sozialen Ausgleich
702 dient. Hierbei müssen die jeweiligen Lebensumstände (z. B. Ehrenamt, Pflege etc.) berücksichtigt
703 werden.

704 **Mehr und bessere Studienplätze – Bildungsqualität in den Vordergrund**

705 Niedersachsen exportiert jährlich über 30.000 AbiturientInnen in andere Bundesländer und ist damit
706 bundesweit trauriger Spitzenreiter. Die aktuelle StudienanfängerInnen-Prognose der
707 KultusministerInnen-Konferenz belegt, dass ein Ausbau der Studienplatzkapazitäten mit dem
708 Auslaufen des Hochschulpaktes nicht zu den Akten gelegt werden darf. Da im Rahmen des
709 Hochschulpaktes bisher ausschließlich neue Kapazitäten in Bachelor-Studiengängen geschaffen
710 wurden, brauchen wir in den nächsten Jahren zusätzlich einen nachfrage- und bedarfsgerechten
711 Ausbau der Master-Studiengänge, statt den Zugang mit künstlich erzeugten Quoten zu beschränken.
712

713 Eine gute Ausbildung braucht Zeit – auch an der Hochschule. Studieren heißt für uns GRÜNE nicht,
714 die Schulzeit um ein paar Jahre zu verlängern, sondern wissenschaftliches Arbeiten zu lernen und
715 selbstständiges Denken zu entwickeln – individuell und frei. Die Proteste der Studierenden in den
716 letzten Jahren haben deutlich gemacht, dass es um die Qualität des Studiums nicht immer zum Besten
717 steht. Studienangebote müssen mit den Lebens- und Lernbedingungen von Studierenden vereinbar
718 sein. Wir setzen uns für eine Ausweitung der Lehrqualität und gegen zeitlich verknappte Bachelor-
719 Studiengänge ein.

720
721 Wir GRÜNE wollen mehr Individualität und Flexibilität und ein weniger verschultes Studienangebot.
722 Studierende brauchen mehr Zeit und Raum, Wissen zu vertiefen und zu forschen. Die geistes- und
723 sozialwissenschaftlichen Studiengänge müssen wieder nachfragegerecht angeboten werden. Der
724 Wegfall überflüssiger Bürokratie wie der formellen Anmeldepflicht für Prüfungen und der
725 Anwesenheitspflicht soll dazu beitragen, das Studium weiter zu individualisieren und den
726 Studierenden Freiräume für Engagement zu geben.

727
728 Die Lehre an unseren Hochschulen muss deutlich aufgewertet werden. Da ein Großteil der Drittmittel
729 in die Forschung fließt und diese vorwiegend für wissenschaftliche Reputation sorgt, spielt die
730 Ausbildung junger StudentInnen im Wissenschaftsbetrieb der Hochschulen zu häufig nur eine

731 Nebenrolle. Um die Quoten der StudienabbrecherInnen zu senken und die Studienbedingungen zu
732 verbessern, sollen deshalb verstärkt Mittel in die Lehre investiert werden, zum Beispiel durch die für
733 das Land reservierten Mittel aus der VW-Stiftung. Darüber hinaus wollen wir die „Qualifizierungs-
734 und Weiterbildungsoffensive Hochschuldidaktik“ ausbauen.

735 **Offene Hochschule**

736 Wir GRÜNE wollen, dass mehr Menschen mit Fachschulabschlüssen oder Abschlüssen aus dem
737 dualen System ohne Abitur an die Hochschulen gehen. Es ist der Landesregierung nicht gelungen, die
738 Hochschulen erfolgreich für diese Zielgruppe zu öffnen. Tatsächlich wird die im Hochschulgesetz
739 verankerte Möglichkeit des Zugangs nur sehr selten genutzt.

740

741 Bildungsberatung ist angesichts der vielschichtigen Strukturen unseres Bildungssystems ein zentraler
742 Schlüssel zur Teilhabe geworden. An den Hochschulen müssen entsprechende Angebote ausgebaut
743 werden.

744

745 Um Schwellenängste abzubauen und um mögliche Kompetenzdefizite schon vor Beginn des Studiums
746 aufzuholen, brauchen wir mehr Vorbereitungskurse, die Fachkräfte mit beruflichen Abschlüssen ohne
747 Abitur fit für die Hochschulen machen. Um einen Studienabbruch am Anfang des Studiums zu
748 verhindern, müssen verstärkt studienbegleitende Brückenkurse, Coaching- oder Mentoring-
749 Programme angeboten werden. Diese Unterstützungsangebote sollen in enger Kooperation zwischen
750 den Hochschulen und den Einrichtungen für Erwachsenenbildung entwickelt werden.

751

752 Um den speziellen Arbeits- und Lebensbedingungen Berufstätiger gerecht zu werden, sollen an den
753 Hochschulen mehr Fern- oder Teilzeitstudiengänge angeboten werden. Es müssen mehr Zentren für
754 Fernstudien und universitäre Weiterbildung eingerichtet werden. Der semesterweise Wechsel
755 zwischen Voll- und Teilzeitstudium muss möglich sein. Im Sinne des lebenslangen Lernens müssen
756 die Hochschulen verstärkt einzelne Module als Weiterbildungsangebote vorhalten, sowohl mit dem
757 Ziel des Bachelor- als auch des Master-Abschlusses. Bereits in der Erstausbildung oder im
758 Berufsleben erworbene Kenntnisse und Kompetenzen müssen nach transparenten und verbindlichen
759 Kriterien anerkannt werden. Über finanzielle Anreize und Zielvereinbarungen mit den Hochschulen
760 soll erreicht werden, dass die Hochschulen sich vermehrt um Studierwillige ohne Abitur bemühen.

761 Aus diesem Grund werden wir Schnupperstudenten fördern, an denen Interessierte die Möglichkeit
762 haben, aktiv den Alltag an der Universität zu erleben und sich einen Überblick über die
763 Studienrichtungen zu verschaffen.

764 **Personalstruktur an Niedersachsens Hochschulen reformieren**

765 Ein innovatives Niedersachsen braucht Hochschulen, die attraktive Karrierewege für
766 NachwuchswissenschaftlerInnen aufzeigen. Die Praxis sieht leider anders aus. In Niedersachsen
767 werden inzwischen 83 Prozent aller wissenschaftlichen MitarbeiterInnen befristet angestellt.

805 niedersächsischen Forschungsschwerpunkt werden, der mit entsprechenden Zielvereinbarungen oder
806 Förderprogrammen, etwa mit Mitteln der VW-Stiftung, ausgebaut werden soll.

807 **Risikotechnologien kritisch begleiten**

808 Hochschulen und staatliche Forschungseinrichtungen dürfen keine Elfenbeintürme sein, in denen
809 hinter verschlossenen Türen gearbeitet wird. Technische Innovationen müssen auf ihre Folgen für
810 Mensch und Umwelt hinterfragt werden. Aus diesem Grund hat sich öffentlich geförderte Forschung
811 und Lehre jederzeit einer kritischen Öffentlichkeit zu stellen. Die Ergebnisse der Forschungsvorhaben
812 müssen zeitnah zugänglich gemacht werden. Forschungsprojekte, die mit privaten Mitteln finanziert
813 werden, müssen ihre Geldgeber und deren Aufträge offenlegen. Im Bereich von Risikotechnologien,
814 etwa der Endlager- oder der Genforschung, soll als Kontrollinstanz ein Beirat eingerichtet werden, der
815 zum Beispiel mit VertreterInnen aus Gewerkschaften, Wirtschaft, Umwelt- und Wohlfahrtsverbänden,
816 Wissenschaft und Kirchen besetzt ist und der über die Annahme solcher Aufträge entscheidet und
817 Drittmittel-Kooperationen freigibt.

818 **Demokratie und Teilhabe an niedersächsischen Hochschulen ausbauen**

819 Die Struktur der Gremien an Hochschulen muss unter demokratischen Gesichtspunkten fortentwickelt
820 werden. Die an den Hochschulen neben den ProfessorInnen vertretenen Statusgruppen
821 (wissenschaftliche Hilfskräfte, MitarbeiterInnen, Studierende) müssen in den Hochschulgremien
822 paritätisch vertreten sein und wieder stärker an den Entscheidungsfindungen beteiligt werden. Auch
823 die Gruppe der Promovierenden muss dabei berücksichtigt werden. Anders als CDU und FDP wollen
824 wir starke Senate, die in allen Belangen der Hochschulentwicklung beteiligt werden.

825

826 Wir wollen den Hochschulen mehr Entscheidungskompetenzen übertragen. Ein Beispiel ist das
827 Bauherrenrecht. Die Landeskonferenz der Allgemeinen Studierendenausschüsse soll eine stärkere
828 landespolitische Beratungsfunktion einnehmen, um die Interessenvertretung von Studierenden im
829 Hochschulbereich zu stärken.

830

831 **Erwachsenenbildung**

832 *Unsere GRÜNEN Ziele:*

- 833 • *Bildungsangebote für alle Menschen in allen Lebensphasen vorhalten*
- 834 • *Eine neue Koordinierungsstelle für die Politische Bildung einrichten*

835 Die Erwachsenenbildung hat das Ziel, Bildungsangebote für alle Menschen in allen Lebensphasen
836 anzubieten – unabhängig von Bildungskarriere oder sozialer Herkunft. Sie ist damit ein zentraler
837 Baustein des Bildungswesens. Die öffentliche Förderung von Erwachsenenbildung ermöglicht eine
838 nachhaltige Einbindung in das berufliche, politische und kulturelle Leben einer demokratischen
839 Gesellschaft.

840